

Die liberalen Oberbürgermeister in der Rheinprovinz

Die Geschichte der (kreisfreien) Städte in der preußischen Rheinprovinz wurde im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts maßgeblich von ihren Stadt- oberhäuptern mitgeprägt. Ein nicht unerheblicher Anteil dieser Bürgermeister und Oberbürgermeister war politisch im Liberalismus beheimatet. Ihre Zahl belief sich im Untersuchungszeitraum auf über zehn, wovon im Folgenden Albert von Bruchhausen (Trier, 1904-1927), Dr. Paul Hartmann (Barmen bzw. Wuppertal, 1912-1931), Dr. Karl Jarres (Duisburg bzw. Duisburg-Hamborn, 1914-1933) und Dr. Hans Luther (Essen, 1918-1924) vorgestellt werden.

Nach kurzen Vorbemerkungen zum kommunalen Liberalismus und dem Oberbürgermeisteramt in den Jahren 1900-1933 soll sich anhand verschiedener Charakteristika mit den liberalen Oberbürgermeistern befasst werden. Eine biographische Annäherung an den Personenkreis und die Konstellation bei der erstmaligen Wahl zum Stadtoberhaupt steht am Beginn. Daran anschließend werden schlaglichtartig kollektive Schlüsselmomente aus der Geschichte der liberalen Oberbürgermeister in der Rheinprovinz beleuchtet und eingeordnet. Das sind in grober chronologischer Reihenfolge die mit dem Stichwort „Munizipalsozialismus“ umschriebene Politik der Großstadtverwaltungen im späten Kaiserreich, der Umgang mit den politischen, sozialen und verfassungsrechtlichen Veränderungen nach der Revolution von 1918 sowie der mit persönlichem Prestigedenken verknüpften Stadtentwicklungs- und Standortpolitik, welche zumeist den zweiten Abschnitt der Schaffensphase bildete. Dabei ist eine personale Schwerpunktsetzung innerhalb der jeweiligen Kapitel notwendig. Abschließend sollen Rückschlüsse zu dem spezifisch „Liberalen“ und spezifisch „Rheinischen“ bei den hier Porträtierten gezogen werden.

Das Wortpaar „Liberale Oberbürgermeister“

Zwar ist die räumliche, personelle und zeitliche Verortung des Themas evident, aber das Wortpaar „liberale Oberbürgermeister“ verlangt einige Vorbemerkungen. Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten die Vertreter des politischen Liberalismus in den Stadtparlamenten eine eigene politische Spielart,

den kommunalen Liberalismus oder Kommunalliberalismus, herausgebildet. Von Städten mit einer großen katholischen Bevölkerungsmehrheit (wie Köln oder Trier) abgesehen, stellten die Liberalen – begünstigt durch das preußische Dreiklassenwahlrecht – bis zum Ende des Kaiserreichs häufig die Mehrzahl der Stadtverordneten. Die Vertreter des Kommunalliberalismus kennzeichnete in der politischen Kultur eine Orientierung am parlamentarischen Konsens und an drängenden Sachfragen. Damit einher ging das Fehlen eines festen Parteiprogramms. Vielmehr wählten die Liberalen einen persönlichen Zugang zu den ihrem Milieu zugehörigen wahlentscheidenden Gruppen im vorparlamentarischen Raum.¹

Dies waren die Ausgangsbedingungen für die Wahl liberaler Kandidaten in das Amt des Bürgermeisters² einer rheinischen Großstadt. In den Oberbürgermeistern personifizierte sich die kommunale Spielart des Liberalismus. Ihnen kam in der Rheinprovinz die Städteordnung von 1856 zugute, die mit leichten Modifikationen über die Zäsur der Revolution von 1918 hinweg bis 1933 in Kraft blieb. Der Oberbürgermeister war hiernach zugleich monokratische Verwaltungsspitze und Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung. Seine parlamentarische Wahl auf zwölf Jahre gewährleistete eine Ämter- und Aufgabekumulation im Bereich der städtischen Exekutive und Legislative. Darüber hinaus vertrat er seine Stadt in überregionalen Verwaltungseinheiten und Wirtschaftskreisen.³ Er wurde dabei von einem zunehmend professionalisierten und wachsenden Verwaltungsapparat unterstützt, der seinen Einfluss und sein politisches Gewicht unterstrich.⁴ Als zentrale Figur der Kommunalpolitik in ihrer Stadt waren die Oberbürgermeister sozusagen die „Spinne im Netz“ lokaler Aushandlungsprozesse. Unweigerlich kommt Gustav Stresemanns vielzitierte Bemerkung „Die Oberbürgermeister des heutigen Deutschlands sind in Wirklichkeit neben den Großindustriellen

- 1 Vgl. Dieter Langewiesche: Kommunalen Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Kommunalen Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900. Köln/Weimar/Wien 2014, S. 39-71, hier S. 51 ff.
- 2 Die Vergabe des Titels „Oberbürgermeister“ durch den preußischen König erfolgte zunächst individuell als Ehrentitel und wurde zum Ende des Kaiserreichs automatisch mit der Bestätigung verliehen, siehe Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945. Düsseldorf 1994, S. 242.
- 3 Zu den Kompetenzen des Oberbürgermeisters siehe Walter Först: Rheinische Städte und ihre Oberbürgermeister während der Weimarer Zeit. In: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976. Köln 1976, S. 541-596, hier S. 544 f.; Wolfgang Hofmann: Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933. Stuttgart u. a. 1974, S. 37 f. u. 52 f.
- 4 Vgl. Wolfgang Hofmann: Konrad Adenauer und die Krise der kommunalen Selbstverwaltung in der Weimarer Republik. In: Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer (wie Anm. 3), S. 329-354, hier S. 329.

die Könige der Gegenwart“⁵ in den Sinn, welche im Kontext der postmonarchischen Weimarer Republik noch höher einzuschätzen ist als eine Verwendung für eine heutige Situationsbeschreibung. Aus dieser Symbiose von Oberbürgermeister und „seiner“ Stadt ergaben sich in den Jahren 1900-1933 verschiedene Möglichkeiten, sowohl in großem Maße die Entwicklung der Stadt zu prägen als auch die eigene Karriere zu befördern.

Biographien und Wahlen

Von Bruchhausen, Hartmann, Jarres und Luther hatten in vielerlei Hinsicht eine idealtypische Biographie und Laufbahn, die sie zu „Karrierebeamte[n] des Kaiserreiches“⁶ prädestinierte.⁷ Den gebürtigen Berliner Luther ausgenommen waren sie wie die Mehrzahl ihrer rheinischen Amtskollegen in den preußischen Westprovinzen geboren und somit von der Kindheit an mit deren Beschaffenheit vertraut.⁸ Ihren Geburtsjahrgängen 1859, 1869, 1874 und 1879 nach waren alle vier im Kaiserreich monarchisch sozialisiert worden. Hartmanns, Jarres' und Luthers familiäre Herkunft war wirtschaftsbürgerlich, von Bruchhausens adlige Herkunft stellte eine Ausnahme unter den rheinischen Oberbürgermeistern dar.⁹ Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, bestandener Staatsprüfung und kurzer gerichtlicher Tätigkeit oder universitärer Weiterbildung (Doktorat) begannen sie jeweils eine Karriere in der Stadtverwaltung einer rheinischen bzw. in Luthers Fall brandenburgischen Stadt (Barmen, Charlottenburg, Düren oder Essen). Mit großer beruflicher Zielstrebigkeit wurden sie nach mehreren Jahren Beigeordnete, Erste Beigeordnete und Oberbürgermeister kleinerer Städte (Barmen, Magdeburg,

5 Jahrtausendfeier der Rheinlande. In: Henry Bernhard (Hrsg.): Gustav Stresemann Vermächtnis. Bd. 2: Locarno und Genf. Berlin 1932, S. 299 f., hier S. 300.

6 Wolfgang Hofmann: Oberbürgermeister als politische Elite im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hrsg.): Oberbürgermeister. Boppard am Rhein 1979, S. 17-38, hier S. 22.

7 Siehe zu Albert von Bruchhausen: Lebenserinnerungen von Albert von Bruchhausen verfasst im Jahr 1945 mit Nachtrag 1947, Stadtarchiv Trier (StATr), NL Bruchhausen/4; H. Schiel: Bruchhausen. In: Kurzbiographien vom Mittelrhein und Moselland. Bd. 1. Trier 1967, S. 58 f.; zu Paul Hartmann: Gisela Schmoeckel: Zwei Brüder als Oberbürgermeister in Barmen und Remscheid. Paul und Walter Hartmann aus Hückeswagen. In: Bergische Blätter 14/15 (1991), S. 9-11; zu Karl Jarres: Paul-Heinz Dünnebacke: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Diss. Münster 1974; Jürgen D. Kruse-Jarres: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben - vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. München 2006; zu Hans Luther: C. Edmund Clingan: The Lives of Hans Luther, 1879-1962. German Chancellor, Reichsbank President, Hitler's Ambassador. Lanham u. a. 2010; Hans Luther: Politiker ohne Partei. Erinnerungen. Stuttgart 1960.

8 Vgl. Först: Rheinische Städte (wie Anm. 3), S. 557 ff.

9 Vgl. Romeyk: Die Verwaltungsbeamten (wie Anm. 2), S. 251. Neben von Bruchhausen waren noch fünf weitere preußische Oberbürgermeister adlig bzw. nobilitiert.

Recklinghausen oder Remscheid).¹⁰ Jarres' zwischenzeitliche und Luthers nachmalige Karriere in der Reichspolitik entsprachen nicht der Regel, verdeutlichen jedoch die Wertschätzung der kommunalen Spitzenbeamten als Personalreservoir für reichsweite Aufgaben.¹¹

Die Wahlen in das Amt des Oberbürgermeisters erfolgten zwar alle im Kaiserreich, aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten, auch in Bezug auf die jeweilige geschichtliche Entwicklung der Städte. Zum Wahlzeitpunkt hatten jedoch die Barmer, Duisburger, Essener und Trierer Stadtverordnetenversammlungen eine liberale Majorität, welche die Einmütigkeit der Ernennung gewährleistete. In Duisburg, Essen und Trier wurde die aufstrebende Zentrumsparterie, die zum Zeitpunkt der Wahl noch die parlamentarische Minderheit darstellte, jeweils miteingebunden.¹² Eine zweite Gemeinsamkeit bei allen betrachteten Oberbürgermeisterwahlen war die Einschätzung des Wahlkollegiums, einen Modernisierer gefunden zu haben, der die aufgestauten Probleme der Stadt zielstrebig lösen würde.

In Trier drängten besonders die Wirtschaftskreise nach Karl de Nys' über 42-jähriger Amtszeit auf einen Reformen.¹³ Die Barmer Entscheidungsträger leitete das Interesse an einem Kenner der örtlichen Verhältnisse, der die Agenda der Großstadtwerdung fortsetzte.¹⁴ Oder mundartlich ausgedrückt: „Dä olle Ober geht./An seine Stelle ok schon wear/En düchtgen neuen steht./So dat et keene Stöckung göt,/On Keener dronget litt./Dat dat Fabriksken, wie bisher/Ganz nett am loopen blitt!“¹⁵ Duisburgs Stadtverordnete setzten wenige Monate vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges ebenfalls auf einen vorausschauenden Fachmann.¹⁶ Im letzten Kriegsfrühjahr 1918 wurde angesichts der zunehmenden Selbstherrlichkeit seines Vorgängers in Essen mit Hans Luther ein ausgewiesener Kenner kommunaler Verhältnisse zum Oberbürgermeister gewählt.¹⁷

10 Diese Stichprobe deckt sich mit den allgemeinen Erkenntnissen bei Hofmann: Oberbürgermeister (wie Anm. 6), S. 25; und Romeyk: Die Verwaltungsbeamten (wie Anm. 2), S. 253-263.

11 Vgl. Hofmann: Rathaus (wie Anm. 3), S. 174.

12 Zum steigenden Einfluss der Parteien auf die Kommunalpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts siehe Helmuth Croon: Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. In: Ders./Wolfgang Hofmann/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung. Stuttgart u. a. 1971, S. 15-54, hier S. 48-54.

13 Vgl. Emil Zenz: Geschichte der Stadt Trier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bd. 1: 1900-1914. Trier 1967, S. 14-16.

14 Vgl. Barmer Zeitung, 79. Jg., Nr. 223, 21.9.1912, S. 1 f.; General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen, 26. Jg., Nr. 223, 21.9.1912, S. 6.

15 Adolar von Schnegelsiepen: Dies und das und sonst noch was. In: Barmer Anzeiger, 11. Jg., Nr. 223, 21.9.1912, S. 2 f.

16 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 7), S. 47 ff.

17 Vgl. Ernst Schröder: Von Holle zu Luther. Der Essener Oberbürgermeisterwechsel im Ersten Weltkrieg. In: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 95 (1980), S. 249-278.

Die Vorgeschichte der Wahlen von Bruchhausens und Luthers wiesen zudem noch eine Besonderheit auf: In beiden Fällen spielte die Haltung der Kandidaten zum Katholizismus bei den Vorberatungen der Stadtverordneten eine Rolle. In Trier suchte ein Vertreter der örtlichen Geistlichkeit das Vorgespräch.¹⁸ Der katholische Liberale von Bruchhausen wurde am 25. Mai 1904 dann einstimmig gewählt.¹⁹ Luther konnte der Essener Zentrumsparlei versichern, dass er als gläubiger Lutheraner den Katholiken und ihren Institutionen verständnisvoll begegnen werde.²⁰ Mit dem Zuwachs der Mandate für die Zentrumsparlei in Duisburg, Essen und vor allem Trier, wo die Partei des politischen Katholizismus 1911 die Mehrheit der Stadtverordnetensitze erzielte, zahlte sich diese offene Haltung der damaligen Kandidaten aus.

Verwaltungshandeln im Zeichen des Munizipalsozialismus

Von Bruchhausen in Trier und in geringerem Maße Hartmann in Barmen profitierten in ihrer ersten Schaffensphase als Oberbürgermeister von der Hochindustrialisierung vor 1914. Das Städtewachstum machte es noch dringlicher, den städtischen Raum zu gestalten. Nicht nur in der Rheinprovinz verfolgten die Liberalen dabei eine Strategie, die bald „Munizipalsozialismus“ genannt wurde. Die gestiegenen Versorgungsaufgaben, welche die Großstadtwerdung mit sich brachte, erforderten eine Weiterentwicklung der kommunalen Wirtschaft und Verwaltung. Der Kommunalliberalismus und seine führenden Akteure an den Stadtspitzen setzten zu deren Bewältigung auf eine „bürokratische Steuerung“,²¹ die sich in Form von Konzentration, Professionalisierung und Zentralisierung lokaler Wirtschaftsbetriebe in städtischer Hand auszeichnete. Die Zielsetzung hinter diesen Prozessen war der Ausbau der städtischen Daseinsvorsorge.²²

Der Reformbedarf in der Trierer Stadtverwaltung machte sich in zwei Verwaltungsskandalen bemerkbar, die kurz nach von Bruchhausens Amtsantritt publik wurden.²³ Die Neuordnung der Verwaltung in den Bereichen

18 Vgl. Lebenserinnerungen von Albert von Bruchhausen (wie Anm. 7), NL Bruchhausen/3, S. 8.

19 Vgl. Sitzung vom 25. Mai 1904, § 318. Bürgermeister-Wahl, StATr, Tb 100/44.

20 Vgl. Clingan: *The Lives* (wie Anm. 7), S. 19; Luther: *Erinnerungen* (wie Anm. 7), S. 65.

21 Hofmann: *Adenauer* (wie Anm. 4), S. 331.

22 Vgl. Hofmann: *Rathaus* (wie Anm. 3), S. 18; Wolfgang R. Krabbe: *Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster*. Stuttgart u. a. 1985, S. 84-92; Langewiesche: *Kommunaler Liberalismus* (wie Anm. 1), S. 57-60; Karl Heinrich Pohl: *Nationalliberalismus und Kommunalpolitik in Dresden und München vor 1914*. In: James Retallack (Hrsg.): *Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830-1918*. Bielefeld 2000, S. 171-188, hier S. 171.

23 Vgl. Zenz: *Geschichte* Bd. 1 (wie Anm. 13), S. 21.

Bauwesen, Finanzen, Polizei und interner Organisationsstruktur bildeten den Schwerpunkt der Arbeit des neugewählten Oberbürgermeisters. In seinen persönlichen Erinnerungen ist die Anekdote überliefert, dass die Stadtkasse noch 1904 von einem alten Stadtrentmeister in dessen Privatwohnung verwaltet wurde!²⁴ Von Bruchhausens zweiter Arbeitsschwerpunkt lag auf der Modernisierung der städtischen Beteiligungen und Infrastrukturen. Neben der Elektrifizierung der Straßenbahn, der Kanalisation von Stadtteilen sowie der Sanierung von Hochwassergebieten war die Eröffnung einer zweiten Moselbrücke 1913 das sichtbare Zeichen der Umgestaltung der Stadt Trier. Mit dem Bau der Dhrontalsperre durch die Stadtwerke zwischen 1911 und 1913 griff Trier in seinen baulichen und unternehmerischen Aktivitäten ins Umland aus. Das Vorhaben sollte nicht nur die Versorgungssicherheit der wachsenden Kommune gewährleisten, sondern auch einen Gewinn für die Stadtkasse erzielen.²⁵ Hinzu kam die Eingemeindung einzelner Vororte 1912, die von Bruchhausen ab 1906 wieder auf die Agenda gesetzt hatte.²⁶ Mit seiner Wiederwahl auf Lebenszeit während des Krieges am 8. März 1916 durch die Stadtverordnetenversammlung wurde von Bruchhausens Stadtentwicklungspolitik im Einklang mit der öffentlichen Meinung honoriert.²⁷ Im Kreise seiner Amtskollegen war diese Entscheidung eine Seltenheit.²⁸

Bei Hartmanns Amtsantritt hatte Barmen hingegen bereits das Gepräge einer modernen Großstadt. Kommunale Versorgungsbetriebe, Naherholungsgebiete, Mäzenatentum und ein neuartiges Nahverkehrssystem, die schnell zum Wahrzeichen avancierte Schwebebahn Barmen-Elberfeld-Vohwinkel, waren vorhanden.²⁹ Bei seiner Amtseinführung machte er sich und den Stadtverordneten bewusst, „daß uns auch in Zukunft immer wieder die Lösung neuer Fragen bevorsteht“ und „Barmens Kraft und Stärke [...] in seiner Industrie“ ruhe, mit der man „auf Gedeih' und Verderb' verbunden“ sei.³⁰ Wenige Monate nach Übernahme der Amtsgeschäfte brachte Hartmann per

24 Vgl. Lebenserinnerungen von Albert von Bruchhausen (wie Anm. 7), S. 33.

25 Vgl. ebd., S. 33 f.

26 Vgl. Kurt Düwell: Trier in der Zeit des zweiten deutschen Kaiserreiches (1871-1918). In: Ders./Franz Irsigler (Hrsg.): Trier in der Neuzeit. 2. Aufl. Trier 1996, S. 437-466, hier S. 462-465; Hans-Hermann Reck: Bautätigkeit und Stadterweiterung in der Kaiserzeit. In: ebd., S. 467-494, hier S. 494; Schiel: Bruchhausen (wie Anm. 7), S. 58 f.; Zenz: Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 13), S. 87.

27 Vgl. Trierische Zeitung, 158. Jg., Nr. 67, 9.3.1916, Morgen-Ausgabe, S. 3.

28 Vgl. Romeyk: Die Verwaltungsbeamten (wie Anm. 2), S. 260. Nur in vier weiteren Fällen kam es zu einer solchen Wiederwahl.

29 Zur Geschichte Barmens im Kaiserreich siehe Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter: 1200 Jahre Barmen. Die Stadtgeschichte. Wuppertal 2009, S. 115-134; Volkmar Wittmütz: Kleine Wuppertaler Stadtgeschichte. Regensburg 2013, S. 95-121.

30 Vgl. 19. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen am Donnerstag, den 14. November 1912, Stadtarchiv Wuppertal (StAW), D V 127, S. 264 f.

Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten am 10. Dezember 1912 jedoch das bislang dilatorisch behandelte Rathausneubauprojekt auf den Weg.³¹ Dem Anspruchsdenken der Stadtführung entsprechend, sollte ein neoklassizistischer Repräsentativbau plus Bürohochhaus der Stadt gegenüber dem Konkurrenten Elberfeld und überregional Geltung verschaffen. Kriegsbedingt konnte dieses Prestigeobjekt erst zwischen 1921 und 1923 vereinfacht fertig gestellt werden.³²

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrach die Entwicklung der rheinischen Städte. In dieser Phase war es das Ziel der Oberbürgermeister, die Versorgung ihrer Bevölkerung aufrechtzuerhalten und sicherzustellen. Noch in den euphorischen Augusttagen 1914 waren die besitz- und bildungsbürgerlichen Kreise mit Unterstützung der Stadtverwaltungen aktiv geworden, um einer absehbaren Verelendung weiter Bevölkerungskreise vorzubeugen. Im Wuppertal wurde hierzu beispielsweise am 5. August 1914 die Wohlfahrtszentrale der Stadt Barmen gegründet, in der die Kriegswohlfahrtspflege „so umfassend wie möglich organisiert und zentralisiert“³³ worden war. Oberbürgermeister Hartmann war persönlich im Vorstand vertreten.³⁴ In den Städten erkannten die Oberbürgermeister, dass sie die Initiative des sozio-ökonomischen Krisenmanagements nicht der nun auf die Rüstungsgüterproduktion ausgerichteten Industrie überlassen wollten. Das Phänomen der kommunalen Leistungsverwaltung trat unter dem Druck des Krieges noch deutlicher hervor.³⁵ Denn die Städte gingen z. B. Schritt für Schritt dazu über, immer neue Bereiche der Lebensmittelbewirtschaftung ihrer Leitung zu unterstellen. In Duisburg war zu Kriegsende die gesamte Nahrungsmittelversorgung unter Kontrolle städtischer oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen.³⁶

31 Vgl. 21. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen am Dienstag, den 10. Dezember 1912, ebd., S. 277-285.

32 Vgl. Bruyn-Ouboter: 1200 Jahre (wie Anm. 29), S. 143 f. Die Pläne siehe kompakt bei [Heinrich] Köhler: Das neue Rathaus der Stadt Barmen. In: Zentralblatt der Bauverwaltung 34 (1914), S. 169-172. Zur tatsächlichen Bauausführung siehe [Carl] Roth: Das neue Rathaus in Barmen. In: Zentralblatt der Bauverwaltung 42 (1922), S. 269-272.

33 Jürgen Reulecke: Städtische Finanzprobleme und Kriegswohlfahrtspflege im Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Barmen. In: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), S. 48-79, hier S. 68.

34 Vgl. Paul Heumann: Wohlfahrtszentrale der Stadt Barmen. Ihr Wesen und bisheriges Wirken. Barmen o. J. [1917], S. 171.

35 Vgl. Reulecke: Städtische Finanzprobleme (wie Anm. 33), S. 49-52.

36 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 7), S. 56-60.

Bis zum Einzug der Entente-Truppen im Dezember 1918 hatte von Bruchhausen in Trier keine Schwierigkeiten in der Kooperation mit den revolutionären Kräften.³⁷ Im Bergischen Land und im Ruhrgebiet entwickelte sich die Revolution hingegen in mehreren Schüben. In der Startphase des Umsturzes operierten die Oberbürgermeister gemeinsam mit der ortsansässigen Sozialdemokratie sowie dem neugebildeten Arbeiter- und Soldatenrat, um sowohl die Ordnung und Versorgung in ihren Städten aufrechtzuerhalten als auch die Unverzichtbarkeit der städtischen Verwaltungen zu demonstrieren.³⁸ Der bei weiten Kreisen der Revolutionäre verbreitete Anti-Chaos-Reflex, die Einbindung sozialdemokratischer Protagonisten - spätestens während des Krieges - in die Kommunalpolitik und der fachliche Erfahrungsvorsprung der obersten Beamten erleichterten den Städten zunächst die Transition hin zu einer Deutschen Republik.³⁹ Die relativ konfliktfreie Zeit endete mit der Radikalisierung der Revolutionäre im Winter 1918/19. Unter Einsatz des eigenen Lebens behaupteten sich Jarres am 12. Februar 1919 und Luther am 19. März 1920 gegen gewalttätige kommunistische Machtdemonstrationen.⁴⁰ Die liberalen Oberbürgermeister hatten es verstanden, die gemäßigte Linke – erst den Arbeiter- und Soldatenrat, dann die SPD – während der Revolutionsmonate 1918/19 sowie während der bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Nachgang des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 an ihre Person zu binden. Die Bewältigung der exzeptionellen Lage in Duisburg und Essen bescherte ihnen einmütige Vertrauenserklärungen durch die nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht neu zusammengesetzten Stadtverordnetenversammlun-

37 Vgl. Rudolf Müller: Trier in der Weimarer Republik (1918-1933). In: Kurt Düwell/Franz Irsigler (Hrsg.): Trier (wie Anm. 26), S. 495-515, hier S. 496 f.; Emil Zenz: Geschichte der Stadt Trier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bd. 2: 1914-1927. Trier 1971, S. 82, 89.

38 Vgl. Hans-Ulrich Knies: Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal. Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen. In: Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19. Wuppertal 1975, S. 83-153, hier S. 93-104; Günter von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg. Bd. 2: Die Ortsteile von den Anfängen. Die Gesamtstadt seit 1905. Duisburg 1974, S. 354-356; Clingan: The Lives (wie Anm. 7), S. 27-29.

39 Vgl. Andreas Wirsching: Zwischen Leistungsexpansion und Finanzkrise. Kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik. In: Adolf M. Birke/Magnus Brechtken (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung Local Self Government. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich. München u.a. 1996, S. 37-64, hier S. 44.

40 Vgl. Dünnebacke; Karl Jares (wie Anm. 7), S. 84-104; Luther: Erinnerungen (wie Anm. 7), S. 76 f.

gen.⁴¹ In den rheinischen Großstädten wurde durch die Ereignisse der Revolution allein Adalbert Oehler in Düsseldorf als Oberbürgermeister abgesetzt.⁴²

In Anbetracht der erfolgreichen Behauptung gegenüber der Herausforderung von links verfasste Karl Jarres zum Jahreswechsel 1920/21 eine Rückschau auf die ersten Nachkriegsjahre aus kommunaler Sicht in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Der Artikel gibt ebenso wie Paul Hartmanns Rede vor der neugewählten Barmer Stadtverordnetenversammlung am 17. März 1919 einen Einblick in die Gedankenwelt der damaligen liberalen Oberbürgermeister.⁴³ Obwohl sie der Vorkriegszeit als Glanzperiode der kommunalen Selbstverwaltung und der dortigen „sachbezogene[n] Kommunalpolitik“ nachtrauerten, gingen sie pragmatisch mit der neuen Situation in den Kommunalparlamenten um und ermutigten die neuen Akteure (vor allem die Frauen) zur Mitarbeit. Insgesamt vertraten sie die realpolitische Einschätzung, dass es vergeblich gewesen wäre, „dem Geist des Augenblicks zu widerstreben“⁴⁴. Besonders die neue „Parteien-Stadt“ forderte eine Modifikation des Selbstverständnisses.

Dennoch lassen sich in der Frage des Verhältnisses zu den politischen Parteien zwei Typen ausfindig machen. Entweder waren die Oberbürgermeister, wie Hartmann und Jarres, sowohl vor als auch nach der Parteizäsur 1918 Mitglied einer Partei des politischen Liberalismus (Nationalliberale bzw. Deutsche Demokratische oder Deutsche Volkspartei) oder sie blieben, wie von Bruchhausen und Luther, während ihrer Amtszeit durchgängig parteilos. Entsprach die zweite Haltung zwar mehr dem Selbstverständnis der liberalen Oberbürgermeister, so war sie aber der damaligen Entwicklung diametral entgegengesetzt. In den rheinischen Vertretungskörperschaften waren die Stadtoberhäupter traditionell vertreten. Bei den Provinziallandtagswahlen vom 20. Februar 1921 musste also von Seiten von Bruchhausens und Luthers ein *Modus Vivendi* mit der jeweils stärksten kommunalpolitischen Kraft, der Zentrumspartei, gefunden werden. Während Luther auf keiner Wahlliste antrat, lehnte von Bruchhausen ein mit Bedingungen versehenes Angebot des Trierer Zentrums ab und kandidierte für die Arbeitsgemeinschaft aus DDP, DVP und Deutschnationalen. Im Wahlkreis Trier wurde er

41 Vgl. Hans Luther: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen des Oberbürgermeisters Dr. jur. Dr. med. h. c. Hans Luther. Essen 1958, S. 67; Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 13. Mai 1919 (8. Sitzung), Stadtarchiv Duisburg (StADu), 100A/1/11, S. 65.

42 Vgl. Först: Rheinische Städte (wie Anm. 3), S. 550.

43 Siehe Karl Jarres: Kommunalen Rückblick. In: Rheinisch-Westfälische Zeitung, 183. Jg., Nr. 966, 31.12.1920, III. (Abend-)Ausgabe, S. 1 f.; General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen, 33. Jg., Nr. 128, 18.3.1919, Morgen-Ausgabe, S. 2.

44 Ebd.

mit 18,4 Prozent gewählt.⁴⁵ Diese offene Parteinahme sicherte sein Mandat, zeigte aber zugleich die Grenzen der politischen Sogwirkung eines liberalen Oberbürgermeisters.

In den Kommunalparlamenten agierten beide Gruppen jedoch in ähnlicher Weise überparteilich. Besonders bei Jarres und Luther, die ebenso in der Reichspolitik aktiv waren und dort in Bürgerblockkoalitionen als Minister Position bezogen, wird deutlich, dass die liberalen Oberbürgermeister auf kommunaler Ebene andere Maßstäbe als auf Reichsebene für ihre parteipolitische Arbeit setzten. Als Oberbürgermeister hatte Jarres sich mit Ausnahme der zeitgleich mit den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattfindenden Provinziallandtagswahlen im März 1933 der Duisburger DVP nicht als Werbefigur zur Verfügung gestellt.⁴⁶ Luther trat ausschließlich aus reichspolitischen Gesichtspunkten und nach seiner Essener Oberbürgermeisterzeit für ungefähr ein Jahr der DVP bei.⁴⁷

In der ersten Legislaturperiode 1919-1924 waren die Mehrheitsverhältnisse für eine lockere Koalition von Zentrums- und liberal-konservativen Gruppierungen unter fallweiser Einbeziehung der Mehrheitssozialdemokratie gegeben. Doch pflegte man ebenso Kontakt zu oppositionellen Fraktionen. Seit den Kommunalwahlen des Jahres 1924 erschwerten jedoch das Hinzutreten rechtsbürgerlicher Splitterparteien und die Wahlerfolge der Kommunisten die Regierungsverhältnisse in den rheinischen Städten.⁴⁸ Die politische Radikalisierung ab 1929 sowie das zeitgleiche Abrücken der bisherigen „Regierungsparteien“ vom Tolerierungskurs engten dann selbst unter den für die Oberbürgermeister günstigen Bedingungen der „halbe[n] Parlamentarisierung“⁴⁹, d.h. es gab keine verfassungsmäßige Möglichkeit, das Stadtoberhaupt mit einem Misstrauensvotum abzusetzen, die Handlungsspielräume kommunalliberaler Politik ein.

45 Vgl. Luther: Erinnerungen (wie Anm. 7), S. 407 f.; Zenz: Geschichte Bd. 2 (wie Anm. 37), S. 166 f.

46 Für die einzige gemeinsame kommunalpolitische Werbeveranstaltung siehe Rhein- und Ruhrzeitung vom 12.3.1933, S. 14, StADu 68/4.

47 Vgl. Luther: Zusammenbruch (wie Anm. 41), S. 412.

48 Vgl. Alexander Olenik: Geschichte und Organisation des politischen Liberalismus in Duisburg 1918-1933, Bachelor-Arbeit, Bonn 2014, S. 29 f.; Klaus Wisotzky: Die Jahre der Gewalt - Essen 1914 bis 1945. In: Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Essen. Geschichte einer Stadt. Bottrop/Essen 2002, S. 368-467, hier S. 379 u. 391; Zenz: Geschichte, Bd. 2 (wie Anm. 37), S. 181.

49 Hofmann: Rathaus (wie Anm. 3), S. 81.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft sowie die innen- wie außenpolitische Stabilisierung im Jahrfünft 1924-1929 begünstigten die Städte in ihrem Bestreben, die seit zehn Jahren aufgeschobenen kommunalen Investitionen und stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen nachzuholen. Neben dem Ausbau einer großstädtischen Infrastruktur, der Einrichtung von Naherholungsgebieten, der Förderung des städtischen Kulturlebens, u.v.m. war es besonders in den Jahren 1927 bis 1929 das Großprojekt der kommunalen Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industrievier, welches die Rolle der Oberbürgermeister als Modernisierer ihrer Städte unterstrich. Denn nach 1918 waren es nicht nur alltägliche Zwänge, die zum Wiederaufleben dieser Bestrebungen führten, sondern auch das institutionelle und persönliche Prestige der Oberbürgermeister in einem Umfeld inter-städtischen Konkurrenzdenkens.⁵⁰

Schon vor und während des Ersten Weltkrieges hatte es im Wuppertal dazu privatwirtschaftliche Anläufe gegeben.⁵¹ Die Stadt Barmen erzielte mit der Eingemeindung des Amtes Langerfeld am 5. August 1922 einen Teilerfolg bei ihrer Suche nach neuen Industrieflächen. Ein Zusammenschluss mit der in etwa gleich großen Nachbarstadt Elberfeld scheiterte Mitte der 1920er Jahre jedoch an den beiderseitigen Vorbehalten der jeweiligen Stadtverordneten. Im Dezember 1927 übernahm die preußische Staatsregierung die Initiative, die Neuordnungsdebatte in den Industrievieren an Rhein, Ruhr und Wupper zu einem Abschluss zu führen. Oberbürgermeister Hartmann reagierte pragmatisch. Barmen würde sich einer Vereinigung mit Elberfeld nicht verschließen, sollte jedoch vorher durch eine Erweiterung nach Osten gegenüber der westlichen Nachbarstadt territorial aufgewertet werden. Deshalb legte die Stadt am 10. Januar 1929 einen offiziellen Vorschlag zur kommunalen Neugliederung vor.⁵² Hartmann und sein Beigeordneter Wilhelm Bragard betonten schon im Vorwort der entsprechenden Broschüre, dass sie ihre Forderungen durch das Gutachten eines Stuttgarter Stadtwirtschaft-Professors wissenschaftlich abgesichert hätten. Um eine „Einschnürung Barmens“ zu verhindern und das „dringende Raumbedürfnis“ der Stadt zu befriedigen, sahen die Pläne ein Ausgreifen über die rheinisch-westfälische Provinzialgrenze nach Schwelm vor. Hiervon wie auch von der Eingemein-

50 Dieses Verhalten wurde von Kritikern unter dem Begriff „Kommunalimperialismus“ ins Negative gewendet, vgl. Hein Hoebink: Städtischer Funktionswandel und Gebietsreform in der Weimarer Republik. In: Wilhelm Rausch (Hrsg.): Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert. Linz 1984, S. 71-86, hier S. 79.

51 Zur Entstehungsgeschichte der Stadt Wuppertal, vgl. Ursula Rombeck-Jaschinski: Wie die Groß-Stadt Wuppertal entstand. Der Weg zur kommunalen Neugliederung von 1929. In: Geschichte im Westen 3 (1988) 1, S. 19-34.

52 Vgl. Vorschlag der Stadt Barmen zur kommunalen Neugliederung. o. O. o. J. [Barmen 1929].

dung weiterer Ortschaften im Osten und Süden versprach man sich eine Linderung der „Flächennot“ von Industrie und Siedlungswesen im Kernstadtbereich. Den größeren Gemeinden versicherte die Stadt Barmen eine Wahrung ihres Eigenlebens und finanzielles Engagement. Für ihre Pläne entfaltete die Stadtspitze eine Werbekampagne, um die Entscheidungsgremien in Freistaat und Provinz zu überzeugen.⁵³ Diese Maximalforderungen fanden jedoch nur geringe Umsetzung im endgültigen Gesetz wie auch schon in den vorausgegangenen Regierungsvorschlägen. Der Zusammenschluss der Wupperstädte Barmen und Elberfeld ging mit einer Eingemeindung westlicher und südlicher Gemeinden einher. Schwelm blieb westfälisch und unabhängig. Enttäuscht reichte die Barmer Stadtverwaltung eine – letztlich erfolglose – Verfassungsklage gegen das Gesetzeswerk ein.

In Duisburg war die Ausdehnung des eigenen Stadtgebietes auf die Nachbargemeinden ebenfalls ein Hauptanliegen des Oberbürgermeisters. Schon unmittelbar nach Kriegsende hatte Karl Jarres seine Eingemeindungsvorschläge, die alle seine nachfolgenden Bemühungen kennzeichneten, formuliert: Die Eingliederung der Stadt Hamborn im Norden, nach Westen ein Brückenschlag über den Rhein durch die Eingemeindung der Stadt Homberg und der Gemeinde Rheinhausen, sowie eine Ausdehnung nach Süden in den Landkreis Düsseldorf.⁵⁴ Ihm ging es einerseits darum, der wachsenden Stadt Duisburg Zugang zu neuem Bauland zu verschaffen; andererseits machte die industrielle Verklammerung Duisburgs und seiner Nachbarn ein Zusammengehen attraktiv. Darüber hinaus war er einem Vorschlag aus Wirtschaftskreisen, die Städte des westlichen Ruhrgebiets in einer sog. Ruhrmündungsstadt zusammenzufassen, nicht abgeneigt, solange Duisburg deren Zentrum bilde.⁵⁵ Nach seiner Rückkehr aus der Reichspolitik griff Jarres die Eingemeindungswünsche Duisburgs gegenüber der preußischen Regierung wieder auf. Ähnlich wie Barmen warb Duisburg mit seiner wirtschaftlichen Stabilität und schuf Vorleistungen für die verkehrstechnische Verknüpfung der neuen Gebiete mit Alt-Duisburg (Rheinbrückenprojekt Ruhrort-Homberg). Im Landkreis Düsseldorf erwarb die Stadtverwaltung in großem Maßstab Grundstücke.⁵⁶ Karl Jarres musste sich dennoch mit einer Kompromisslö-

53 Siehe Paul Hartmann: Anbei überreiche ich ergebenst den Vorschlag der Stadt Barmen für die kommunale Neugliederung, 17.1.1929, Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) Berlin, Historische Sammlung, Kuczynski-Nachlass, Kuc6-Pb2781.

54 Vgl. Heinrich Averdunk/Walter Ring: Geschichte der Stadt Duisburg. Neubearbeitet von Walter Ring. 2. Aufl., Ratingen 1949, S. 226; Karl Jarres: Kommunale Neugliederung. o. O. o. J. [Duisburg 1928], S. 55 f. u. 60.

55 Zu Jarres' Bestrebungen, vgl. auch Astrid Küntzel: Heimatbewusstsein und Planspiele. Kommunale Neugliederung im Raum Duisburg im 20. Jahrhundert. In: Duisburger Forschungen 61 (2016), S. 157-182, hier S. 164-170.

56 Vgl. Jarres: Kommunale Neugliederung (wie Anm. 54), S. 10, 15, 17 u. 42; Dünnebacke (wie Anm. 7), S. 175 u. 182.

sung zufrieden geben. Das 1929 erlassene Gesetz über die kommunale Neu-gliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vergrößerte das Duisburger Stadtgebiet zwar um die Stadt Hamborn und Teile des Landkreises Dinslaken im Norden sowie Teile des Landkreises Düsseldorf südlich der bisherigen Stadtgrenzen. Der Angliederung linksrheinischer Gebiete an Duisburg wurde aber nicht stattgegeben.⁵⁷

In beiden Doppelstädten wurden die liberalen Kandidaten Hartmann und Jarres nach einer kurzen Periode der kommissarischen Leitung der Geschäfte erneut in das Amt des Oberbürgermeisters gewählt. Infolge der zunehmenden parteipolitischen Konfrontation im Zuge der Weltwirtschaftskrise mussten sich beide einer Kampfabstimmung stellen. Während sich bei Jarres die Sozialdemokraten erstmals seiner Wiederwahl enthielten,⁵⁸ stimmten in einer turbulenten Ratssitzung vor allem Elberfelder Abgeordnete gegen Hartmanns neuerliche Amtszeit.⁵⁹ Grundsätzlich konnten sie sich der Tolerierung ihrer Politik durch die gemäßigte Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nur noch bedingt sicher sein.

Einen beachtenswerten Sonderfall stellte die von der Stadt Essen unter Oberbürgermeister Hans Luther betriebene Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) dar.⁶⁰ Im Aufgabenprofil des SVR – „weitsichtige Bebauungspolitik, betriebliche Bewegungsfreiheit, einheitliche Verkehrspolitik“⁶¹ – spiegelten sich die Anforderungen an die Städte im Ruhrgebiet und darüber hinaus wider. Mit diesem supra-kommunalen Reformansatz verfolgte Luther jedoch weniger das Vorhaben einer so genannten „Ruhrprovinz“, sondern vielmehr die Strategie, Essens Führungsanspruch oder in der Selbstsicht seine „natürliche Aufgabe“ zu verwirklichen, „Zentralstadt der kommunalen Gesamtsiedlung Ruhrbezirk“ zu werden.⁶² Es dominierte unter den liberalen Oberbürgermeistern die innovations-befruchtende Städtekonkurrenz. Mit der bürokratischen Verflechtung der Kommunen im Ruhrgebiet

57 Vgl. Averdunk/Ring: Geschichte der Stadt Duisburg (wie Anm. 54), S. 230 f.; von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg (wie Anm. 38), S. 377.

58 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 4. Januar 1930 im Rathause Duisburg (1. Sitzung), StADu 100A/1/18, o. S.

59 Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtgemeinde Barmen-Elberfeld, Nr. 2, Sitzung vom 20. Dezember 1929, StAW, D V 752, S. 25-37.

60 Vgl. Heinz Günter Steinberg: Die Entwicklung des Ruhrsiedlungsverbandes. In: Walter Först (Hrsg.): Ruhrgebiet und neues Land. Köln/Berlin 1968, S. 113-152, hier S. 121.

61 Helmut Rönz: Zwischen staatsbürgerlichem Selbstbewusstsein und kulturellem Provinzialismus - Staat und Städte an Rhein, Mosel und Ruhr vom späten 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. In: Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u. a. 2007, S. 55-84, hier S. 78.

62 Vgl. Luther: Zusammenbruch (wie Anm. 41), S. 76-87.

gingen zusätzlich Versuche einher, eine eigene regionale Identität architektonisch und intellektuell auszubilden.⁶³

Agonie des Kommunalliberalismus

Im Zuge der Wirtschafts- und Staatskrise ab 1929 erschwerten sich die finanziellen wie auch die parlamentarischen Arbeitsbedingungen der Oberbürgermeister. Hatten sich Luther und von Bruchhausen, in ihren Städten allseits geachtet, aus ihrer Position in die Reichspolitik bzw. in den Ruhestand verabschiedet, verlief Hartmanns und Jarres' Amtszeitende in den Jahren 1929-1933 weniger harmonisch.

Die 1929 neugebildete Stadt Wuppertal geriet infolge der Weltwirtschaftskrise in eine Defizitsituation, der die Stadtverwaltung unter Paul Hartmann hauptsächlich mit umstrittenen Steuererhöhungen zu begegnen beabsichtigte. Je länger die Debatte schwelte, desto umfangreicher wurde der Protest aus den Kreisen der mittelständischen Wirtschaft und im Kommunalparlament.⁶⁴ Dem Oberbürgermeister gelang es weder im städtischen Hauptausschuss noch mit der neu gebildeten parlamentarischen Sparkommission und auch nicht im Dialog mit den betroffenen Wirtschaftsvertretern, eine breite Basis für seinen Kurs zur Abwendung der drohenden Zwangsetatisierung durch die Bezirksregierung zu schaffen.⁶⁵ Seine Steuererhöhungsvorlage wurde am 19. Dezember 1930 in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt.⁶⁶ Gesundheitlich angeschlagen, hatte Hartmann schon vier Tage zuvor sein Ruhestandsgesuch zum 1. Februar des nächsten Jahres bekannt gegeben.⁶⁷ So sollte es eine seiner letzten Amtshandlungen sein, die preußische Regierung ohne Rücksprache mit dem Kommunalparlament um die Einsetzung eines Staatskommissars für die Stadt zu bitten. Dieser zeitweilige Verlust der kommunalen Selbstverwaltung stieß bitter auf und führte im Nachgang seines Rücktrittsgesuchs noch zu öffentlichen Schuldzuweisungen.⁶⁸ Einen von Seiten der Bergischen Industrie- und Handelskammer, die immer mehr zur Hauptkritikerin der Wuppertaler Stadtverwaltung ge-

63 Siehe dazu Renate Karstorff-Viehmänn: Die Neue Industriestadt. Ein „Dritter Weg“ der Moderne. Essen 2014.

64 Vgl. General-Anzeiger für Wuppertal, 44. Jg., Nr. 254, 29.10.1930, S. 3.

65 Vgl. ebd. Nr. 255, 30.10.1930, S. 3; Nr. 257, 1.11.1930, S. 3; Nr. 259, 15.11.1930, S. 3; Nr. 271, 18.11.1930, S. 3.

66 Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtgemeinde Wuppertal, Nr. 17, Sitzung vom 19. Dezember 1930, (StAW), D V 752, S. 586.

67 Vgl. Schreiben von Hartmann an Beigeordneter Dr. Beitzen, 15.12.1930 (Abschrift), StAW, E I 108a, Bl. 1.

68 Vgl. General-Anzeiger für Wuppertal, 44. Jg., Nr. 305, 31.12.1930, S. 3.

worden war, geäußerten Vorwurf, er würde Wuppertal den „schlechtesten Dienst“⁶⁹ erweisen, nahm Hartmann zum Anlass, schon 14 Tage früher am 15. Januar 1931 zurückzutreten.⁷⁰ In einer Phase der äußersten innenpolitischen Anspannung hatte Oberbürgermeister Hartmann durch sein Krisenmanagement den Rückhalt der Kreise verloren, die zwanzig Jahre zuvor noch den Kern des Kommunalliberalismus in der Rheinprovinz und im Wuppertal ausgemacht hatten.

Karl Jarres' Amtsniederlegung resultierte wiederum aus der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933. Auf deren Druck hin trat er am 16. Mai 1933 von seinem Amt als Oberbürgermeister zurück. Es war ihm in den Krisenjahren gelungen, die kommunale Selbstverwaltung sichtbar aufrecht zu erhalten. So stemmte er sich mit Erfolg gegen die von der Reichsregierung geforderte Stilllegung des Neubauvorhabens des Duisburger Hauptbahnhofs.⁷¹ Ebenso wie Hartmann konnte er für seine Einsparungsmaßnahmen und Steuererhöhungsvorschläge keine Unterstützung bei den liberalen Parteien und der Privatwirtschaft finden.⁷² Der im Gegenzug nur widerwillig und zögerlich erfolgende Abbau kommunaler Verwaltungsaufgaben trug zu einer „fortschreitenden Delegitimierung“⁷³ des Oberbürgermeisters und seiner Rolle im eigenen Lager bei.

Resümee

Zunächst ist nach der rheinischen Identität der untersuchten liberalen Oberbürgermeister zu fragen. Zum „historisch-biographischen Moment“ eines Individuums gehören sowohl die „situativen Einzelerfahrungen“ als auch die von außen einwirkende Sozialisation vor Ort (in Stadt, Region und Provinz).⁷⁴ Bei drei von vier Oberbürgermeistern ließen sich Fallbeispiele für deren rheinisches Bewusstsein (auch bei den Vertretern der Ruhrgebietsstädte) finden. Im Kontext seiner Ausweisung durch die belgischen Besatzer

69 Ebd., S. 4.

70 Vgl. Abschrift Schreiben Hartmann an Beigeordneter Dr. Beitzen, 2.1.1931, StAW, E I 108a, Bl. 2.

71 Vgl. Lothar Weiß: Rheinische Großstädte während der Weltwirtschaftskrise (1929-1933). Kommunale Finanz- und Sozialpolitik im Vergleich. Köln u.a. 1999, S. 125.

72 Vgl. Alexander Olenik: Der „organisierte Liberalismus“ in Duisburg 1918-1933. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 337-352, hier S. 349.

73 Wirsching: Leistungsexpansion (wie Anm. 39), S. 56.

74 Ich folge hier Martin Schlemmer: Das Rheinland, Preußen und Deutschland in der Weimarer Zeit. In: Manfred Groten (Hrsg.): Die Rheinlande und das Reich. Düsseldorf 2007, S. 203-233, hier S. 221; und ders.: Rheinland und Westfalen im neuen Preußen der Weimarer Republik (1919-1932). In: Georg Mölich/Veit Veltzke/Bernd Walter (Hrsg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte. Münster 2011, S. 289-352, hier S. 291 f.

wird Karl Jarres mit den folgenden Worten in der „Berliner Morgenpost“ zitiert, „[k]einer Macht der Erde kann ich das Recht zugestehen, mich aus meiner rheinischen Heimat, in der ich fest verwurzelt bin und wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, gegen meinen Willen zu entfernen“⁷⁵. Der gebürtige Berliner Hans Luther schreibt in seinen Memoiren über die zwei Identitäten Essens und seiner selbst, dass er „[i]n [s]einem Innern [...] bald beiden verfallen [war], dem ‚Revier‘, das mit seiner lebendigen Kraft keinen wieder losläßt, den es einmal bezwungen hat, und dem Rhein, an dessen Ufern deutsches Wesen seine wärmste und verlockendste Offenbarung gefunden hat“.⁷⁶ Von Bruchhausen, „[e]in Kind der roten Erde“⁷⁷ hatte sich in Trier neben seiner Oberbürgermeister Tätigkeit vor allem um den moselländischen Weinbau verdient gemacht.⁷⁸ Bei Paul Hartmann wiederum dominierten Aussagen zu Stadt und Land an der Wupper, die auf eine Dominanz des Gefühls für die engere bergische Heimat gegenüber einem allgemeineren „rheinischen“ Selbstverständnis schließen lassen. Es haben sich also auch die zugezogenen liberalen Oberbürgermeister in Kombination mit der städtischen eine rheinische Teilidentität angeeignet und diese emotional bedient. Der rheinische Patriotismus manifestierte sich bei ihnen besonders im Bewusstsein für die Identifikationskräfte der kommunalen Selbstverwaltung.⁷⁹ Neben diesen verbalen Bekundungen der Verbundenheit ist es jedoch schwierig, weitere regionsspezifische Faktoren herauszustellen. Denn besonders die traditionelle verfassungsmäßige Sonderstellung der Oberbürgermeister in der Rheinischen Städteordnung war allgemeinen Mediatisierungstendenzen ausgesetzt, die u. a. darin sichtbar wurden, dass die preußische Staatsregierung und nicht die Kommunen selbst den Anstoß zur kommunalen Neugliederung von 1929 gaben.⁸⁰

Zweitens bleibt mit Blick auf die Oberbürgermeister Andreas Wirschings Einwand zu bedenken, „inwieweit die (Verfalls-) Geschichte des Weimarer Liberalismus nicht möglicherweise insofern einen ‚blinden Fleck‘ aufweist, als sie seine noch verhältnismäßig starke kommunalpolitische Position unterschätzt“.⁸¹ Denn in den Jahren von 1918 bis etwa 1930 garantierten die Oberbürgermeister als „Symbol[e] politischer Stabilität“⁸² die Funktions-

75 Zit. n. Kruse-Jarres: Karl Jarres (wie Anm. 7), S. 97.

76 Luther: Zusammenbruch (wie Anm. 41), S. 73.

77 Bruchhausen: Lebenserinnerungen (wie Anm. 7), S. 1.

78 Vgl. dazu Rudolf Müller: Die Lebenserinnerungen des Trierer Oberbürgermeisters Albert von Bruchhausen (1904-1927) als historische Quelle für die Stadtgeschichte. In: *Landeskundliche Vierteljahrsblätter* 53 (2007), H. 3, S. 69-78, hier S. 72 f.

79 Vgl. Rönz: Selbstbewußtsein (wie Anm. 61), S. 82, 84.

80 Vgl. Wolfgang R. Krabbe: Die Tendenz zur autoritären Kommunalverfassung. Preußen, Deutschland und das Rheinland 1920-1935. In: Margret Wensky (Hrsg.): *Preußen und die rheinischen Städte*. Köln 2004, S. 75-94, hier S. 75 ff.

81 Wirsching (wie Anm. 39), S. 40.

82 Hofmann: Oberbürgermeister (wie Anm. 6), S. 34.

tüchtigkeit der demokratischen und parlamentarischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in der Kommune. Im Wissen um ihre loyale Beamtenschaft und ihre starken Exekutivrechte gemäß Städteordnung konnten sie selbstbewusst nach außen und konsensorientiert nach innen kommunalliberale Politik treiben.

Über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg haben die liberalen Oberbürgermeister Funktionen als Integrationsfiguren, Krisenmanager und Modernisierer ihrer Städte eingenommen. Ihre kommunale Karriere, die im Kaiserreich begonnen hatte, ließ sich so in der Weimarer Zeit zu ihrem Höhepunkt führen. Dies war jedoch zugleich ein Wendepunkt für diesen Oberbürgermeister-Typus, der auch generationell den Übergang zwischen Monarchie und Republik verkörperte.⁸³ Mit dem rapiden wirtschaftlichen Abschwung ab 1929/30 wurde die schwelende Krise der kommunalen Selbstverwaltung sichtbar. Der von den Oberbürgermeistern betriebene Wettbewerb der Kommunen in der Rheinprovinz und ihr Prestigedenken erhielt angesichts der Finanzlage Gegenwind aus den früheren Unterstützungskreisen. Die Handlungsspielräume, die mitunter aus dem unabhängigen Auftreten der liberalen Oberbürgermeister und der tiefen Identifikation mit ihrer Rolle als überparteiliche Stadtväter herrührten, verengten sich mit der Wirtschaftskrise enorm.

83 Vgl. die spezifischen Aussagen zu Jarres, die auf die ausgewählten Oberbürgermeister verallgemeinert werden können, in Paul Heinz Dünnebacke: Art. Karl Jarres. In: NDB 10 (1974), S. 359; Walter Först: Karl Jarres. In: Ders. (Hrsg.): Politik und Landschaft. Köln/Berlin 1969, S. 142-147, hier S. 142.

